



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Constanze Truschzinski, stellv. Landesvorsitzende • Rosa Luxemburg Str. 13 • 07381 Pößneck •
Fon: 01738884153 • E-mail: truschzinski@buengerallianz.de

Pressemitteilung
Mit Bitte um Veröffentlichung

Pößneck, 05.05.2010

Anhörung zur Weiterentwicklung der Straßenausbaubeiträge in Weimar

Vertreter von Kommunen fordern Selbstbestimmung ob und in welcher Höhe sie Beiträge zum kommunalen Straßenausbau erheben und Vertreter von Bürgerinitiativen fordern die Abschaffung dieser willkürlichen und unsozialen Abgabe.

Das Thüringer Innenministerium hat zur breiten Diskussion über die Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts in Thüringen den Beteiligten, den Betroffenen und Interessenvertretern, welche eine Stellungnahme abgeben oder angekündigt haben, zu einem Gespräch nach Weimar in das Landesverwaltungsamt eingeladen.

So fanden sich im Hörsaal des Landesverwaltungsamtes am Montag 03.05.2010 viele Vertreter aus den Kommunen und Bürgerinitiativen zum nichtöffentlichen Dialog ein. Nachdem Innenministerium soll die Gesetzesänderung bürgerfreundlicher werden und dem Land Thüringen kein zusätzliches Geld kosten.

In dem konstruktiven und emotionalen Dialog wurde deutlich, dass die Weiterentwicklung des Straßenausbaurechts notwendig ist, um Rechtsfrieden und Rechtssicherheit herzustellen. Eine rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für alle Straßenausbaumaßnahmen bis ins Jahr 1991 nicht akzeptiert wird und verwaltungsrechtlich nicht umsetzbar wäre.

Vor allem die Bürgermeister von Gemeinden die wegen solider Haushaltsführung noch keine Beiträge von ihren Bürgern verlangt haben, lehne eine zwangsweise Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ab.

Die Vertreter von Bürgerinitiativen erläuterten aus ihrer Sicht die Auswirkungen von Straßenausbaubeiträgen auf die Wirtschaftslage der Betroffenen. Der besondere Vorteil ist nicht zu erkennen, die Erhebung kann bis zum Ruin Einzelner führen und eine energetische Sanierung von Wohngebäuden schleppender vorangeht. Auch die Frage warum Kommunen immer weniger Geld zur Erledigung ihrer Aufgaben haben wurde gestellt. Die Forderung nach Abschaffung der Beiträge bleibt, auch wenn sie wenig realistisch scheint.

Die Bürgerallianz Thüringen e.V. hatte dazu einen eigenen Gesetzentwurf an den Innenminister Peter Huber und alle Fraktionen im Thüringer Landtag überreicht. Die Finanzierung der kommunalen Straßen könnte dann über eine Infrastrukturpauschale erfolgen. Dies würde dem Land Thüringen keine zusätzliche Finanzen abverlangen und hätte die Wirkung von wiederkehrenden Beiträgen.

Straßen sind Allgemeingut und werden von allen genutzt, so sollte deren Ausbau und die Erhaltung von Straßen auch Aufgabe der Allgemeinheit sein. Dazu brauchen die Kommunen eine solide und sichere Finanzausstattung und Bürger klare, sie nicht überfordernde Regelungen der Beteiligung und Mitbestimmungsrechte.

mit freundlichen Grüßen

Constanze Truschzinski